Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 216 Abendblatt. Donnerstag, den 9. Mai. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 8. Mai. Meine gestern ausgesprochene Erwartung, daß die preußische Regierung vor weiterem Eingehen auf den Hauptpunkt die Aufmerksamkeit der Konferenzmitglieder wohl auf die fortgesetzten französischen Rüstungen lenken und zu einer befriedigenden Garantie für eine angemessene Begrenzung der militärischen Organisationsthätigkeit Frankreichs drängen werde, findet heute auch in der „Prov.-Corr." Bestätigung, welche erklärt: „nur in einer schleunigen friedlichen Entscheidung durch die Konferenz werde die preußische Regierung die Möglichkeit finden, von sonstigen Sicherheitsmaßregeln abzusehen". Auch die Reise des preußischen Militärbevollmächtigten am französischen Hofe zur Konferenz nach London, läßt der Vermuthung Raum, daß man bei etwaiger Erörterung der französischen Rüstungen die zuverlässigsten Nachweise in Bereitschaft haben will. Sollte übrigens wirklich die Befürchtung begründet sein, daß Kaiser Napoleon durch sein Eingehen auf die Konferenz-Vorschläge zu weiterer Vervollständigung seiner Kriegsvorbereitungen nur habe Zeit gewinnen wollen, so dürfte dies in jeder Beziehung eine höchst verfehlte Spekulation zu nennen sein, und schon diese zu Tage liegende Erfolglosigkeit der Berechnung berechtigt zum entschiedensten Zweifel, daß ein so scharfsinniger Staatsmann wie dieser Napoleon so ungeschickt spekuliren werde. Der einzige Zweck dieses Manövers könnte Zeitgewinn sein und voraussichtlich nur ein sehr unbedeutender; denn daß die preußischen Staatsmänner sich durch solche List längere Zeit täuschen lassen würden, konnte doch Niemand ernstlich erwarten. Diesen Gewinn von wenigen Tagen Zeit würde aber Frankreich mit den schwersten Opfern erkauft haben. In den Augen von ganz Europa, sowohl der Regierungen wie der Völker, würde sich Frankreich damit als böswilliger frivoler Friedensstörer kompromittirt und die öffentliche Stimme gegen sich gereizt haben, während Preußen umgekehrt als der friedliebende, zur Vermittelung geneigte, hintergangene und rechtswidrig angegriffene Staat unbedingt das Gewicht der öffentlichen Meinung für sich haben, bei Vertheidigung seines und Deutschlands bedrohten Rechtes nur um so sicherer auf die begeisterte Erhebung der deutschen Nation gegen den frivolen Angreifer rechnen könnte. Frankreich würde also durch solche Spekulation Nichts, Preußen dagegen ungemein Viel, die eclatanteste Rechtfertigung seiner Haltung und die Sympathie ganz Europas gewinnen. Sollte Kaiser Napoleon solcher politischen Rechenfehler sich schuldig machen? Es ist dies schwer zu glauben. Und doch fallen die heutigen Meldungen über Seerüstungen, Aushebung von Matrosen, Ausrüstung der ins Lager zu Chalons dirigirten Mannschaften mit Kriegsmunition, Befehle an Eisenbahn-Direktionen zur Bereitstellung aller Transportmittel für die Armee u. s. w. zu Gunsten der Pessimisten ins Gewicht. — Nach dem Bericht über das Berliner Produktengeschäft von 1866 sind 28,440,000 Quart Spiritus in Verkehr gekommen gegen 29,079,000 Quart pro 1865. Trotzdem hat der Verkehr des Jahres 1866 das Vorjahr überstiegen, weil der Bestand am 1. Januar 1866 noch 2 Millionen Quart, am 1. Januar 1867 aber nur 200,000 Quart betrug. In's Ausland sind 17,329,000 zollamtlich abgefertigt worden, wovon 12,279,000 per Hamburg.

Berlin, 9. Mai. Der König Georg von Griechenland wurde bei der gestern Abend erfolgten Ankunft von Paris ganz in derselben Weise empfangen, wie kürzlich der König der Belgier. Unter den vielen Personen, die zum Empfange auf dem Bahnhofe anwesend waren, befanden sich auch der hellenische Gesandte Fürst Ypsilanti, die dänische Gesandtschaft 2c. Der König geleitete den hohen Gast ins Schloß, wo auch das Souper eingenommen wurde.

— Nach dem hierüber veröffentlichten Nachweis sind in dem vorjährigen Kriege nicht weniger als 21 preußische Fahnen und 4 Standarten, theils in der Spitze und mehrere sogar zwei- und dreimal von feindlichen Kugeln getroffen worden.

— Der zum Referenten für die Schlußberathung des Gesetz-Entwurfs wegen Ausführung des Gesetzes vom 28. September 1866, betreffend den durch den Krieg von 1866 hervorgerufenen außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung und die Dotirung des Staatsschatzes ernannte Abg. v. Fock, hat den Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, den vorstehend bezeichneten Gesetz-Entwurf unverändert anzunehmen."

Berlin, 8. Mai. Ueber Englands Bereitwilligkeit, sichere Garantieen der Neutralisirung zu übernehmen, sollen noch keine zuverlässigen Nachrichten vorliegen, wodurch Zweifel an dem baldigen günstigen Resultate der Konferenz, die aber wohl pessimistisch übertrieben sind, ihre Erklärung finden.

— Die „Börsenzeitung" schreibt: Wenn der Friede in den nächsten Tagen nicht gesichert wird, ist die Ausgabe von Schatzanweisungen nach Maßgabe des Gesetzes vom 28. September beabsichtigt und vorbereitet. Es sind Verhandlungen mit Bankiers wegen Begebung der Anleihe im Gange.

Berlin, 8. Mai. (Haus der Abgeordneten.) 6. Sitzung. (Schluß.) Abg. Lasker für die Vorlage, ist Anfangs absolut unverständlich. Er wendet sich gegen den Abg. Michelis, „aus dessen Berg von Worten sich gestern schließlich eine Maus entwickelt hat"; Redner führt die Gründe an, warum jener Abgeordnete ihn und noch zwei andere für Abtrünnige erklärt habe. Es liege im Interesse der liberalen Partei, die mangelhaften Stellen der Verfassung nicht so sehr hervorzuheben. Redner wird vielfach durch Beifallsäußerungen des Centrums und der Rechten unterbrochen. Er wisse nicht, wie man Militärverträgen einen Vorzug geben könne vor einer Verfassung. Der Bruch einer Verfassung sei Hochverrath, dessen werde sich wohl kein Fürst schuldig machen, trotz der aus dem frühesten Mittelalter hergenommenen Theorie des Abg Virchow, daß eine Verfassung nicht gebrochen werden könne, weil ein Eid darauf geleistet sei. (Bravo!) Der Weg, die deutschen Kleinstaaten hier im Abgeordnetenhause und Herrenhause mit vertreten zu lassen, sei doch wahrhaftig, zumal die Regierungen vertreten werden müßten, nicht dem Einkammersystem des Reichstages vorzuziehen. Was den dritten Weg anlangt, einen Bundesstaat zu gründen, so frage er, was man denn gethan habe? Dr. Löwe habe aber ein Staatenhaus gewollt, dagegen müsse er sich entschieden aussprechen. (Graf Bismarck erscheint am Ministertisch.) Die Zukunft werde richten und ihm und seinen Freunden Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es sei von ungeheurem Werthe, daß Männer von anerkannt liberaler Gesinnung und unzweifelhaft ehrenwerthem Charakter, trotz ihrer Mängel der Verfassung zustimmten. (Bravo!) Aber man möge das Volk nicht täuschen und sagen, die Verfassung sei durch die Amendirungen nur noch verschlechtert. Man möge eben nicht schwarz, unendlich schwarz malen. Auch er sei für Minister-Verantwortlichkeit gewesen. Hier wie da sei dieselbe im Prinzipe ausgedrückt, aber so wenig hier wie da strafrechtlich verfolgbar. Die civilrechtliche Verantwortlichkeit stehe fast ebenso in der norddeutschen Verfassung wie in der preußischen, er selbst habe die Worte abgeschrieben. Die Frage, wer und wofür verantwortlich gemacht werden solle, sei festgestellt. Nach der Verfassung des norddeutschen Bundes sollte der Bundeskanzler verantwortlich sein; im preußischen Grundgesetz seien die Minister nur für Bestechung und Verrath verantwortlich, für weniger könne auch die norddeutsche Verfassung sie nicht verantwortlich machen. Die Frage, in welcher Weise die Verantwortlichkeit geltend gemacht werden solle, fehle in beiden Verfassungen. Er habe gegen diese Bestimmungen nur Widerstand geleistet, weil man geglaubt habe, der Bundeskanzler werde es nicht vermögen wegen der Fülle der Geschäfte. Graf Bismarck habe aber erklärt, er wolle alle Geschäfte an sich ziehen, und die einzelnen Minister zum Mitarbeiten heranziehen. Man werde es deshalb nur mit dem Bundeskanzler zu thun haben, wenn er sich auch vertreten lasse. Der Präsenzstand der Armee sei nicht, — man müsse fortwährend gegen diese Meinung streiten, — in alle Ewigkeit festgestellt, sondern nur bis 1871. Die Linke verleugne das und bringe immer und immer wieder jenen Vorwurf vor, es helfe dagegen nur, daß die Herren die Berichte lesen möchten. (Heiterkeit links.) Redner wendet sich zu dem Ujest'schen Amendement und widerlegt den Dr. Virchow, der dasselbe gestern offenbar nicht gekannt habe. Redner erzählt die Vincke'sche bekannte Bekämpfung des Amendements, setzt auseinander, daß er nach Vincke für das Amendement gesprochen und darauf vom Abg. v. Blanckenburg den Vorwurf erhalten habe, dasselbe enthalte ja den ganzen preußischen Konflikt. Darauf habe auch Graf Bismarck gegen das Amendement gesprochen. Und nun erhebe man hier den Vorwurf, das qu. Amendement vergebe das preußische Ausgabebewilligungsrecht. Das letztere sei ganz ebenso nur wie in der norddeutschen Verfassung. Darnach sei Alles gewahrt; „gewahrt die friedliche Einigung, gewahrt sogar die Möglichkeit eines Konflikts." (Laute andauernde Heiterkeit und Beifall. Unruhe links.) Redner wendet sich noch gegen Ausführungen Virchows, betreffend die Détails der Militärausgaben. Der Streit zwischen zwei Hälften der liberalen Partei sei nicht neu. Bereits seit 1864 schreibe er sich her, als man für den Augustenburger theilweise Partei ergriffen und sich um die Verlegenheiten der Regierung nicht bekümmert habe. (Hört! Hört!) Redner führt Specialien an und citirt Aeußerungen und Meinungen von Mitgliedern der Fortschrittspartei. Er hofft schließlich, daß die Geschichte ihm und seinen Freunden Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Er schließt unter dem mächtigsten Applaus, wie er überhaupt die größte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses auf sich gezogen hatte und fortwährend durch Beifall unterbrochen wurde.

Minister-Präsident Graf v. Bismarck: Nur auf den ausdrücklichen Wunsch des Herrn Vorredners ergreife ich das Wort, um kurz im Namen der Königlichen Regierung zu erklären, daß es niemals die Absicht gewesen ist und hat sein können, die Finanzwirthschaft des norddeutschen Bundes so aufzufassen, als ob kumulativ neben den Steuern, die für die Reichskasse eingehen, außerdem noch 225 Rℓ für jeden Kopf innerhalb der gesetzmäßigen Ziffer des Heeres gezahlt werden sollten, sondern daß immer nur die Meinung die gewesen ist, daß derjenige Antheil von den 225 Rℓ pro Kopf, der durch den Ueberschuß der Reichssteuern über die sonst nöthigen Ausgaben nicht gedeckt wird, durch Matrikular-Umlagen zu bestreiten sei. Ich würde bereits gestern nach der Rede des Herrn Abg. Virchow diese Berichtigung angebracht haben, wenn ich meinerseits mich zu dem Gedanken hätte erheben können, daß der Abg. Virchow diese Ansicht, auf die vor ihm weder im Reichstage, noch sonst wo Jemand gekommen ist, im Ernste ausgesprochen hätte. — Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Die Leute, welche voraussichtlich Mitglieder des Bundesrathes werden, haben einerseits die Funktionen einer ersten Kammer, andererseits sind sie zugleich Verwaltungschefs. Stellen Sie sich vor, daß unser Herrenhaus zur Regierung und zwar zur unverantwortlichen Regierung des Landes berufen würde, und Sie werden ein Bild des künftigen Bundesrathes haben. Die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers, überhaupt nur ein Schein, wird außerdem noch dadurch ganz illusorisch gemacht, daß derselbe nur die Befehle des unverantwortlichen Bundesfeldherrn und des unverantwortlichen Bundesrathes auszuführen hat. Auch in Preußen waren die Bestimmungen hierüber mangelhaft, aber es waren doch wenigstens die Keime zu einer genügenden Verantwortlichkeit da. Statt dieselben weiter zu entwickeln, haben Sie dieselben ganz getödtet. — Alle Vortheile des allgemeinen, direkten Wahlrechts werden durch die Beschränkung des passiven Wahlrechts aufgehoben, und so das ganze Resultat gefälscht. Wenn außerdem die Regierung immer so verfährt, wie bei den Wahlen zum letzten Reichstage, so kann von geheimer Abstimmung gar nicht die Rede sein. — Redner geht nun auf die Bundeskriegsverfassung ein, die für ihn der Hauptgrund sei, die ganze Verfassung abzulehnen. Sie schwäche die Vertheidigungskraft des Landes, die man bei zweijähriger Dienstzeit sehr wohl noch erhöhen könne, während die jetzige Präsenzstärke den Frieden gefährde.

Ein von drei Seiten eingebrachter Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird fast einstimmig angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Michelis (Allenstein): Ich habe den Abg. Reichensperger citirt, nicht, als ob ich die Integrität seines Gewissens anzweifelte, sondern weil ich trotz „meines philosophischen Scharfsinnes" keine bessere Motivirung meines Votums finden konnte, als sie mir sein Vortrag im Reichstage bot. Einige Bemerkungen habe ich noch gegen den jüdischen Abgeordneten für Berlin zu machen. (Heftige Unterbrechung. Präsident v. Forckenbeck: Diese Bezeichnung eines Abgeordneten als eines jüdischen finde ich nicht parlamentarisch.) Ich habe sie nur gewählt, weil der Herr Abgeordnete mich als geistlichen Abgeordneten bezeichnet hat. (Präsident v. Forckenbeck: Etwas Anderes ist es, den Stand, etwas Anderes die Religion eines Abgeordneten zu bezeichnen. Darum habe ich den Herrn Redner korrigirt, aber nicht den Herrn Abg. Lasker.) Es ist ein Zusatz des Herrn Abg. Lasker, wenn er mich sagen läßt, nur die Streichung der Diäten bestimme mein negatives Votum. Ich hatte diese Bestimmung nur hervorgehoben, um an ihr die Hartnäckigkeit der Regierung nachzuweisen. Was die Gesinnung der drei von mir erwähnten Abgeordneten betrifft, so habe ich sie nicht denuncirt, sondern nur konstatirt, was das ganze Publikum weiß und wovon sie bereits deutliche Beweise erhalten haben. Eine „fromme" Bemerkung war das nicht, sollte es auch durchaus nicht sein. Es war nichts Frommes darin. Solche Ausdrücke sind nur auf die Unkunde des Publikums berechnet. (Der Rest der Worte geht in dem allgemeinen Lärm unter.)

Abg. v. Blanckenburg erklärt in einer Entgegnung freundlicher, nicht aggressiver Natur gegen den Abg. Lasker sein Verhalten zu dem Amendement Ujest-Bennigsen. — Abg. Lasker gegen Michelis: Die Bezeichnung „fromme" Bemerkung sollte allerdings den Gegensatz dazu ausdrücken. Es ist nichts Geringes, wenn in einer öffentlichen Versammlung Jemanden der Vorwurf gemacht wird, daß er nicht nur seine Gesinnung wechsele, sondern sogar, daß kein Verlaß auf ihn sei, und das leider unter dem Beifall einiger Mitglieder. Der Herr Abgeordnete hat Recht, wenn er heute sagt, die Bemerkung sei keine fromme gewesen. — Auf ein Privatgespräch wäre ich nicht zurückgekommen, wenn nicht ein hervorragender Redner auf der Tribüne denselben Grund als einen politischen geltend gemacht hätte. — Ich darf also annehmen, daß dies nicht seine Privatansicht ist und daß ich durchaus nicht die Diskretion verletze, wenn ich erzähle, daß mehrere politische Genossen denselben Grund geltend gemacht haben. Aber nichts lag mir ferner, als das Motiv lächerlich zu machen. Wenn die Dinge durch sich selbst ab und zu lächerlich werden, so ist es nicht meine Schuld. Ich wollte nur illustriren, wie schwer es ist, auf seiner politischen Meinung zu verharren, wenn man in seinen engsten Kreisen Vorwürfe und Gegenvorstellungen dieser Art zu erdulden hat, eine Lage, in der ich mich mit vielen meiner politischen Freunde befinde, in der bei jeder Aeußerung von liberaler Seite gegen uns der Regel nach in meiner Nähe ein Beifall zu entstehen pflegt. — Nach einer Bemerkung Reichensperger's gegen v. Hoverbeck erhält das Wort der Berichterstatter, Abg. Twesten: Ich hoffe, meine Herren, daß es nicht gelingen wird, die Verfassung des norddeutschen Bundes zum Gegenstand der Geringschätzung und des Hasses im Volke zu machen, durch unwahre Behauptungen, die durch Schroffheit ihrer Aufstellung nicht wahr werden. Der Abg. Schulze hat mir einen durch Leidenschaftlichkeit getrübten Blick vorgeworfen; ich darf diesen Vorwurf wohl aber Denen zurückgeben, die ihr Leben nicht als Beobachter, sondern als thätige Mitarbeiter an dem Einheitswerk verbracht haben und sich jetzt weigern, die mißlungenen Versuche wieder aufzunehmen. Die Majorität des Volkes ist nicht gegen diese Verfassung. Zwar liegen einige gleichlautende Petitionen vor, welche das preußische Abgeordnetenhaus auffordern, das beschworene Verfassungsrecht des Landes zu wahren und nach einer Zeitungsnotiz von einem hervorragenden Mitgliede des Hauses verfaßt sein sollen, das es in der Regel verschmäht, seine Behauptungen durch Gründe zu motiviren oder den Thatsachen Rechnung zu tragen. Diese Petitionen sind in Elbing mit 69 Unterschriften versehen, in Marienburg mit 29, in Königsberg mit 111, in Breslau mit 134, in den Kreisen Rastenburg und Gerdauen mit 77, im Kreise Fischhausen mit 15 Unterschriften. Ich gebe zu, daß sich diese geringe Zahl bei einiger Anstrengung gewiß vermehren ließe (Heiterkeit), bemerke aber, daß die genannten Städte mit Ausnahme Breslau's sämmtlich konservative Abgeordnete gewählt haben, daß es also Minoritätsgutachten sind. Der Abg. Waldeck hat erklärt, das preußische Volk wolle sich durch die Beschlüsse des Reichstags nicht binden lassen und habe in seiner Majorität für die Verfassung des Bundes keine Sympathien. M. H.! Der Reichstag hat die Verfassung angenommen mit 230 gegen 53 Stimmen, unter diesen 53 waren 14 Nichtpreußen und 10 aus den neuen preußischen Provinzen. Die Abstimmung der meisten unter ihnen war mindestens nicht ausschließlich durch liberale Erwägungen bestimmt. Aus den alten preußischen Provinzen haben sich 29 gegen die Verfassung erklärt, darunter 11 Polen, die unsere Kompetenz bestreiten, polnische Landestheile einem norddeutschen Bunde einzuverleiben. Von den übrigen 18 gehören 10 dem Rheinland und Westfalen an, den übrigen Provinzen nur 8, darunter wiederum 5 der Stadt Berlin, sämmtlichen übrigen östlichen Provinzen nur 3, sage drei Mitglieder. (Hört!) Der Referent geht nunmehr auf die Einwendungen gegen die Verfassung im Einzelnen ein und bemerkt u. A. gegen Löwe und Jacoby: der Süden wird durch die Verfassung nicht ausgeschlossen. Alle Stimmen von dorther, die nicht durch großdeutsche, österreichische oder ultramontane Sympathien geleitet werden, wollen sich der deutschen Einigung anschließen mit oder unter der uns jetzt vorliegenden Verfassung. (Sehr richtig!) Nachdem die militärischen Bündnisse bekannt geworden, ist es unmöglich geworden, zu glauben, daß der norddeutsche Bund eine Trennung von unseren süddeutschen Freunden sein könne, statt vielmehr der erste Schritt zur völligen Einigung. Diese Bündnisse und die precäre Stellung des Zollvereins machen dem Süden das Verharren in der Scheidung unmöglich, und die Schlußartikel der Verfassung regeln selbst die künftigen Beziehungen, den Eintritt des Südens, so daß die Aussichten zur vollständigen Einheit niemals größer waren, als gerade jetzt. — Der Abg. v. Hoverbeck giebt dem Bundesrath einen Antheil an der Regierung des Bundes, die noch thatsächlich der Krone Preußen gehört, und fragt, was werden würde, wenn das Herrenhaus mit in der Regierung Preußens säße. Der Bundeskanzler ist verantwortlich als Organ der Krone Preußen, nicht des Bundesrathes. Da die preußische Verfassung die volle entwickelte Verantwortlichkeit des Ministeriums nicht enthält, so ist Alles, was von ihrem Vorzug in dieser Beziehung gegen die des Bundes gesagt worden ist, rein advokatisch. Auch in der letzteren ist die parlamentarische und die civilrechtliche Verantwortlichkeit gegeben, nicht blos die moralische, die irrthümlich als ein Kriterium des Absolutismus der juristischen gegenübergestellt wird. Denn auch im absoluten Staat kann sehr wohl die juristische Verantwortlichkeit vorhanden sein, wie die Einkerkerung und Hinrichtung von Ministern in absoluten Staaten beweist; die Frage ist nur, von wem die Minister gerichtet werden, ob blos von der Krone oder von der Vertretung. — Der Referent geht alsdann auf die Interpretation der das Heerwesen betreffenden Bestimmungen durch den Abg. Waldeck ein, die allen Absolutisten zur Freude gereichen müßten und auf die „unglaublichen Mißverständnisse" des Abg. Virchow. Für den Unterschied zwischen dem Amendement Ujest und denen des Grafen Stolberg und v. Moltke spreche der Widerspruch der Rechten und des Grafen Bismarck, so mäßig der letztere gehalten gewesen sei. Die Präsenzstärke von 300,000 Mann sei nur bis Ende 1871 bewilligt, dauernd seien nur die Cadres, innerhalb deren nach 1871 sehr wohl eine geringere Friedensziffer mit einem geringeren Kostenaufwand bestehen könne. Der Bund habe keinen Kriegsschatz und keine Einnahmen, als die der Reichstag ihm bewilligte. Der Kampf gegen die Reorganisation sei aufgegeben, das Haus selbst habe ihn durch Ertheilung der Indemnität und Bewilligung des Pauschquantums begraben und Niemand, weder im Hause noch im Volke, glaube ihn wieder aufnehmen zu können. Der Abg. Jakoby habe gegen die Verfassung wie gegen die Resultate des letzten Krieges gestimmt. Immerhin mögen sich Einzelne gegen die Geschichte bei Seite stellen und sich auf die Entsagung gegenüber einer Regierung einschränken, die zu beseitigen sie nicht die Kraft haben. Ein Volk könne das nicht, es sei denn als Vorbereitung zur Revolution gleich der Windstille vor dem Orkan, eben so wenig ein Parlament, ohne sich aufzugeben. Die Schwierigkeit, die das Nebeneinanderbestehen zweier Verfassungen vorläufig zur Folge hat, würde auch bestehen, wenn man die Reichsverfassung eingeführt hätte. Ihre Lösung, sowie die Entwickelung der Bundesverfassung überhaupt, gehöre der Zukunft und dem Volke an. Ihr mit der preußischen Verfassungsurkunde in der Hand entgegenzutreten, stehe der preußischen Vertretung schlechter an, als irgend einer Vertretung eines kleinen Staates. Das Amendement von Bockum-Dolffs (Einfügung von Lauenburg in die Verkündigungsformel) sei abzulehnen, da die Aufnahme Lauenburgs in die Monarchie leider trotz der Resolution des Hauses in seiner letzten Session noch nicht vollzogen sei. (Lebhafter Beifall).

Der Präsident geht nunmehr zur Spezial-Diskussion der einzelnen Verfassungsartikel über. Zu Art. 1 verlangt Niemand das Wort und er wird mit überwiegender Mehrheit angenommen, so daß der Präsident die übrigen Artikel bis 79 nur nach der Ziffer aufzählt und bei jeder dieselbe Annahme als selbstverständlich annimmt.

Angenommenn wird ferner die Ueberschrift und die Verkündigungsformel nach Ablehnung des Amendements v. Bockum-Dolffs, abgelehnt dagegen die Rosulotion der Abgg. Waldeck, Virchow und Duncker.

Der Präsident schreitet darauf zur namentlichen Abstimmung über die Verfassung im Ganzen und wird dieselbe in erster Lesung mit 226 gegen 91 Stimmen angenommen. (Mit Nein stimmen: Aegerter, Alscher, André, Becker, Beitzke, Bender, Boeck, Bresgen, Casper, Classen-Kappelmann, Cornely, Drabich, Duncker, Eberty, Ellering, Elven, Fischbach, Frech, Frommer, Fühling, Gockel, Graf, Groote, Haebler, Hagen

(Randow), Harkort, Hermann, v. Hilgers. Hobbeling, Hoffmann (Ohlau), Hoppe, v. Hoverbeck, Jacoby, Kalau v. d. Hofe, Kantak, Keuffe, v. Kirchmann, Kleinschmidt, v. Kleinsorgen, Kosch, Krebs, Kreutz, Krieger (Goldapp), Kropff, Lanz, Laßwitz, v. Laszewski, Libelt, Löwe, v. Loncki, v. Lubinski, Lucas, Mallmann, Metzmacher, Meulenbergh, Michelis (Allenstein), Motty, Nitschky, Nücker, Olbertz, Paur, Pietzker, Pilaski, Plehn, v. Proff-Irnich, Römer, v. Roenne, Roggen, Rohden, Runge, v. Saucken, Schmidt, Schulte-Westhof, Schultze, Schwartz, Senff, Sommer, Stock, v. d. Straeten, v. Taczanowski, Triacca, Virchow, v. Waligorski, Waldeck, Weber, Wendisch, Weygold, Winkelmann, Ziegler, v. Zoltowksi.)

Präsident von Forckenbeck bemerkt, daß er dem Herrenhause erst nach der zweiten Lesung von dem Beschlusse des Hauses über die Verfassung des norddeutschen Bundes der Geschäftsordnung gemäß Kenntniß geben werde.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Interpellation des Abg. Aßmann, betreffend die Berufung v. Oberg's aus Hannover an die Stelle v. Kirchmann's, mündliche Berichte über den Laskerschen Antrag und die Finanz-Vorlago.

Halle, 7. Mai. Dem Vernehmen nach findet im Juni d. J. das 50jährige Jubiläum der Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle statt. Es ergeht deshalb von hier aus der Aufruf an alle alten Hallenser, sich unter einander wegen einer Theilnahme zu verständigen.

Kiel, 7. Mai. Die Nymphe lief am 4. d. M., Abends 6 Uhr, von Bremerhafen kommend, hier ein und wechselte mit dem Stationswachtschiff „Thetis" die üblichen Salutschüsse.

Karlsruhe, 6. Mai. Die offiziöse „Karlsr. Zeitung" schreibt: „Der Muth und die Kriegslust des Auslandes werden gehoben, das Selbstvertrauen und die Widerstandsfähigkeit des Inlandes geschwächt, die gewünschte „Intervention" wird erleichtert, wenn man täglich den Süden Deutschlands als an sich schwach, jeder Gegenwehr unfähig und die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen als illusorisch darstellt. Unter den Nachrichten, welche täglich zu solchem Zweck erfunden werden und die Runde durch den betreffenden Theil der Presse machen, findet sich eine in Nr. 106 des „Badischen Beobachters" vom 5. Mai, des Inhalts: „Preußen könne im Kriegsfall den Oberrhein nicht decken, also liege Süddeutschland dem Eindringen einer französischen Armee offen da. Das Berliner Kabinet habe auf die Anfrage Badens erklärt, es könne Deutschland nur bis Mainz, aber nicht weiter südlich decken." Weder hat Baden eine solche oder ähnliche Frage gestellt, noch Preußen eine solche Antwort gegeben. Beide siud zu handgreiflichen Zwecken erfunden."

Stuttgart, 6. Mai. Der neue Kriegsminister v. Wagner hat die bereits befohlene Abänderung der Gewehre nach dem System Albini-Brandle sistirt. Dieselben soll jetzt in Zündnadelgewehre in der Weise umgeändert werden, daß das seitherige Kaliber beibehalten wird. Der technische Anschluß an die preußische Armee geht zwar hinsichtlich der Munition verloren; immerhin ist dieser Umschwung zum preußischen System in politisch-militärischer Hinsicht sehr erfreulich. — Die Stimmung, namentlich im Offizier-Korps, soll sich in einer auffallenden Weise zu Gunsten Preußens geändert haben und man sieht sogar sehnlichst der Ankunft eines preußischen Generals entgegen, denn man ist zu der Erkenntniß gekommen, daß die entschieden partikularistische Richtung, die im Militärwesen, mehr als irgendwo, gerade in Württemberg an der Tagesordnung war, ihre großen Schattenseiten hatte. Auch jetzt ist übrigens noch ein Mangel an Vertrauen in Bezug auf die oberste Leitung bemerkbar. Da in Württemberg der Kriegsminister zugleich kommandirender General ist, so spricht man davon, daß Prinz Friedrich von Neuem das Korps-Kommando erhalten soll.

Aus Süddeutschland, 5. Mai. (K. Z.) Das französische Kabinet scheint durch die Sendung des baierischen Grafen Taufkirchen nach Berlin und Wien gewisser Maßen überrascht worden zu sein, weil dasselbe nach den dieser Sendung vorhergegangenen Erklärungen seiner Bevollmächtigten in München, Karlsruhe und Stuttgart sich der Erwartung überlassen zu dürfen glaubte, daß die süddeutschen Staaten alles vermeiden würden, woraus eine Parteinahme gegen Frankreich gefolgert werden könnte. Es ist bekannt, daß in München sowohl als in Stuttgart einflußreiche Kreise und die Ultramontanen, wenn auch zur Zeit nicht für eine Verbindung mit Frankreich, so doch für eine Neutralität beim Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich thätig waren. In diesem Sinne könnte man sie die französische Partei nennen, welche für die Anbahnung weiterer und innigerer Beziehungen zu Frankreich Gelegenheit darbot. Eine kurze Zeit standen diese Ultramontanen Süddeutschlands und Frankreichs in der luxemburgischen Frage nicht auf Frankreichs Seite; sie fürchteten von Frankreich ein Preisgeben Roms zur Gewinnung der Unterstützung Italiens gegen Deutschland. Es scheinen ihnen aber in dieser Beziehung zufriedenstellende Bürgschaften, wenigstens Zusicherungen gemacht zu sein und seitdem ist die Neutralität die Grundlage ihrer Politik. In Paris scheint man in Folge dessen die Erwartung gehegt zu haben, das Süddeutschland sich jeder preußenfreundlichen Politik enthalten werde. Als indessen die große Mehrzahl der einflußreicheren Journale, Volks- und Partei-Versammlungen sich gegen eine Vertretung französischer Interessen erklärten, als die Sendung des Grafen Taufkirchen eine Verbindung Süddeutschlands, Preußens und Oesterreichs befürchten ließ, haben die französischen Vertreter an den süddeutschen Höfen nicht nur Vorstellungen gegen die eingeschlagene Politik erhoben, sondern auch auf die großen Nachtheile hingewiesen, welche für Süddeutschland aus einem Aufgeben einer neutralen Stellung erwachsen würden. Diese Schritte des Pariser Kabinets haben aber bei den süddeutschen Regierungen, wie von unterrichteten Personen versichert wird, keine entgegenkommende Aufnahme gefunden, vielmehr ist überall darüber kein Zweifel gelassen, daß die Regierungen in den Stunden der Gefahr für die nationale Sache eintreten würden.

Ausland.

Wien, 6. Mai. Der „Boh." wird geschrieben, daß in der gestrigen Konferenz von Abgeordneten Freiherr v. Beust u. A. mitgetheilt habe, daß v. Hasner und Baron Dobblhoff zu lebenslänglichen Herrenhausmitgliedern ernannt seien. — Als künftigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses bezeichnet man Mor. v. Kaiserfeld, er gehört zu den steirischen Autonomisten.

— Der außerordentliche Professor in Jena, Dr. Frank, hat einen Ruf als ordentlicher Professor an die hiesige evangelisch-theologische Fakultät erhalten und angenommen.

Brüssel, 8. Mai. Zuverlässig verlautet Folgendes über die Konklusion des Berichtes des englischen Ingenieurs Charles Hartley über die Schelde-Angelegenheit: Die Abdämmung der Ostsee-Schelde wird die Schiffbarkeit der Wester-Schelde von Antwerpen bis zur See beeinträchtigen. Ein Viadukt würde diese Abdämmung nützlich ersetzen. Die Abdämmung des Sloe wird dagegen die Wester-Schelde nicht beeinträchtigen, der Südbeveland-Kanal ist ein voller Ersatz für die Oster-Schelde und das Schloe, so weit es sich um die Verbindung zu Wasser zwischen Belgien, Holland und dem Rheine handelt. Der Bericht des preußischen Ingenieurs ist, wie versichert wird, ähnlich gehalten, der des französischen wesentlich günstiger für Holland.

Paris, 7. Mai. (N. A. Z.) Nicht blos der Frühling, nein der volle Sommer ist plötzlich über Paris gekommen. Acht und vierzig Stunden waren hinreichend, um uns vom Frost und Sturm zum blauen Himmel, zur lachenden Sonne und zu der lauen Temperatur zu führen, welche die alten Dichter bei Besingung des Monats Mai so hoch preisen. Die Hälfte der Pariser ist aufs Land, die andere Hälfte eilt in eleganter Equipage oder im bescheidenen Fiaker zu dem Rennen in Longchamps. Leider ist das Wetter in der Politik weder so schön, noch hat es solche Aussicht auf Bestand, wie das Wetter, welches der Barometer anzeigt, obwohl die Parteigänger des Friedens mit fast fieberhafter Aufmerksamkeit nach jedem Momente haschen, das ihre Hoffnungen zu unterstützen vermag. Auch will man wissen, daß die weiteren Kriegsvorbereitungen, namentlich die Pferde-Aufkäufe in Ungarn, beanstandet worden wären; aber die Geschäftswelt ist noch keineswegs beruhigt und allerdings hält man diesen Nachrichten von dem Einhalt in den Rüstungen die wenig friedliche Thatsache entgegen, daß in Vienne Befestigungs-Arbeiten in Angriff genommen werden, und daß die Militär-Behörden die Personen, deren Häuser wegen der Fortifikationen exproprirt wurden, davon bereits unterrichtet haben. Nun versucht man wohl, die Befürchtungen wegen dieser Nachricht dadurch zu entkräften, daß man behauptet, die Befestigung der Stadt sei bereits vor mehreren Monaten beschlossen gewesen; aber dies reicht zur Beruhigung der Gemüther nicht aus, und es wäre vielleicht besser gewesen, unter den obwaltenden Verhältnissen die Suspendirung der Arbeiten zu dekretiren.

Bei dem Präsidenten des Senats, Herrn Troplong, war heute ein großes Diner veranstaltet, zu welchem Prinz Oscar von Schweden eine Einladung angenommen hatte. Ein größeres Interesse hat aber wohl der Ball, den der Präsident des gesetzgebenden Körpers in diesen Tagen zur Feier des Antritts seiner Würde zu geben gedenkt. Eine große Menge von Arbeitern ist jetzt schon damit beschäftigt, die Räume, in der die Festlichkeit stattfinden wird, großartig einzurichten. In dem Garten wird eine lange Gallerie aus Holz erbaut, welche dieselbe Länge und Breite erhalten wird als die Gallerie, wo sich sonst die Gemälde des Herzogs von Morny befanden. Diese beiden Gallerien werden durch eine breite Mittelgallerie verbunden werden, in welcher auf den beiden Seiten die Orchester placirt werden. Der Garten wird à giorno erleuchtet sein. Fünfhundert venetianische Laternen und 6000 farbige Gläser sind dazu bestimmt.

London, 6. Mai. Ueber die kommerzielle Stellung und Zukunft Luxemburgs enthält die „Times" einen Artikel, dessen eingehende Fachkenntnisse schließen lassen, daß er aus interessirter Feder herrührt. Es wird dargethan, daß der Handelsstand des Großherzogthums am liebsten die Fortdauer des gegenwärtigen Verhältnisses, also die fernere Verbindung mit dem Zollvereine, sehen würde.

London, 6. Mai. Die Befürchtungen wegen Unruhen während des auf heute festgesetzten Meetings der Reformliga haben sich nicht bestätigt. Die Regierung, die im letzten Augenblick erkannt haben will, daß ihr Recht, politische Meetings in den hauptstädtischen Parks zu verbieten, auf nicht allzu sicheren Füßen stehe, willigte ein, die Parkthore offen zu lassen; sie wird ein Auge zudrücken, wenn sich innerhalb des Parkes Gruppen bilden; wenn inmitten dieser Gruppen irgend Jemand eine Rede halten wird; wenn besagte Gruppen diesen Reden zuhören und Beifall klatschen werden und wird nicht einschreiten, wenn gewisse politische Resolutionen gefaßt werden. Wogegen die andere kontrahirende Partei sich verpflichtet, nicht in geschlossenen Reihen, vielmehr in bescheidenen Abtheilungen ohne Musikchöre und fliegende Fahnen in den Park einzuziehen, daselbst auch keine Rednerbühnen aufzuschlagen, sich loyal zu benehmen, aufreizende Reden zu vermeiden und ihr Möglichstes zu thun, den Pöbel von Skandalen abzuhalten.

— 7. Mai. Ueber 50,000 Personen drängten sich heut, von der Polizei nicht belästigt, im Park. Reden wurden gehalten und Resolutionen gegen den Reform-Entwurf der Regierung angenommen. Einen Arbeiterzug leitete ein Mann mit phrygischer Mütze. Das voraufziehende Musikkorps spielte die Marseillaise. Die Ruhe ist nicht gestört worden.

Madrid, 4. Mai. Marschall Narvaez soll beabsichtigen, einen 8—10tägigen Urlaub anzutreten, noch ehe die Durchreise des Königs von Portugal, die auf unbestimmte Zeit verschoben ist, ihn wieder an die Hauptstadt fesselt. Während der Abwesenheit des Ministerpräsidenten würde der General Graf von Canada die Leitung des Kriegsministeriums übernehmen, ja möglicherweise wird dies Portefeuille dauernd in seine Hände gelegt werden, da Marschall Narvaez wiederholt den Wunsch ausgesprochen, kein spezielles Ressort zu behalten, sondern nur die Oberleitung der Geschäfte als Konseilspräsident fortzuführen.

Pommern.

Stettin, 9. Mai. Wenngleich wir bereits am Tage der Eröffnung des „Viktoriabazars" über dessen Reichhaltigkeit und geschmackvolles Arrangement berichtet haben, nahmen wir heute doch noch einmal Veranlassung, denselben zu besuchen, umsomehr, als seit gestern noch in einem sich den übrigen Räumlichkeiten anschließenden kleinen Saale prachtvolle Gemälde und verschiedene sonstige Gegenstände neu aufgestellt sind. Das Ganze macht auf den Beschauer einen äußerst angenehmen, wohlthuenden Eindruck und wir können insbesondere auch unseren verehrten Leserinnen einen Besuch des Bazars aus voller Ueberzeugung als lohnend empfehlen, wobei wir gleichzeitig noch bemerken wollen, daß Niemand genöthigt ist, dort auch etwas zu kaufen, letzteres hängt vielmehr ganz vom Belieben des Besuchers ab. Der Besuch ist bisher ein so zufriedenstellender gewesen, daß sogar die Absicht vorliegen soll, den Schluß noch um kurze Zeit weiter auszudehnen, als ursprünglich beabsichtigt war; die bisherige Einnahme übersteigt äußerem Vernehmen nach bereits die Summe von über 2,200 Thalern.

— Ein hiesiger Dienstmann erhielt gestern von einem Herrn 20 Thlr. mit dem Auftrage, dafür aus der Kollekte des Herrn Schreyer Lotterie-Loose zu holen. Nach seiner Angabe will er das Geld einem unbekannten jungen Menschen gegeben haben, der sich erboten, für ihn den erhaltenen Auftrag auszuführen, mit den 20 Thlrn. aber spurlos verschwunden ist. Die Richtigkeit dieser Angabe erschien von vorn herein ziemlich zweifelhaft, auch konnte der Dienstmann später der Polizeibehörde gegenüber jene Angabe nicht näher erweislich machen.

— Die unverehelichte P., welche auf ihre Bitte bei einem Arbeiter, der sie von Stargard her kannte, für die Nacht vom 4. zum 5. d. M. Aufnahme fand, lohnte diese Gastfreundschaft dadurch, daß sie ihrem Wirthe ein Deckbett sowie verschiedene andere Gegenstände aus der ihr angewiesenen Schlafkammer stahl und sich damit noch vor Einbruch der Nacht heimlich entfernte. Am nächsten Morgen faßte der Arbeiter die P. auf dem Bahnhofe in dem Augenblick ab, als sie ein Billet zur Fahrt nach Stargard löste; sie bekannte, das Deckbett bereits verkauft zu haben und gab die anderen Sachen, welche sie bei sich führte, dem Eigenthümer heraus. Letzterer wollte die P. nun der Polizeibehörde vorführen, sie zog es aber vor, auf dem Wege dorthin die Flucht zu ergreifen und ist auch bisher nicht ermittelt worden.

— Gestern Abend wurde in der Oder in der Nähe des Packhofes die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden und nach dem Krankenhause geschafft.

— Die in der Königl. Marine angestellten Versuche, wollene und leinene Gegenstände unter Anwendung von Quillaya-Rinde an Stelle von Seife und Soda zu waschen, haben ein günstiges Resultat geliefert. Um ein weiteres Urtheil über die Verwendbarkeit der Quillaya-Rinde zu gewinnen, sind anderweite Versuche angeordnet worden.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 8. Mai. Das „Dresdner Journal" dementirt auf das Entschiedenste die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die sächsische Regierung die Konvertirung der sechsprozentigen Handdarlehnsschuld in eine fünfprozentige Staatsschuld eingeleitet habe oder einzuleiten beabsichtige.

Wien, 8. Mai. Die „Wiener Abendpost" veröffentlicht ein Telegramm aus London, dem nach in der gestrigen Konferenz ein bereits ausgearbeiteter Vertragsentwurf vorgelegt wurde, welcher mit Ausnahme eines einzigen Artikels allgemeine Zustimmung fand. Es ist gegründete Aussicht auf baldige Verständigung vorhanden.

London, 8. Mai. Die heutige erste Sitzung der Konferenz war nicht blos formell, man besprach vielmehr eingehend die Berathungsbasen, vornehmlich die Garantiefragen. England zeigte Abneigung, Luxemburg speziell zu garantiren, es würde Luxemburgs Einigung mit Belgien wegen deren Gesammtgarantirung vorziehen; doch wird England diese Bedenken aufgeben.

Newyork, 6. Mai. Man berichtet aus Chicago von einer umfassenden Arbeitsniederlegung. Die Arbeiter verlangen eine Reduktion der Arbeitszeit auf 8 Stunden per Tag.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

London, 8. Mai, Abends. Lord Stanley hatte heute Einzelbesprechungen mit mehreren Konferenzmitgliedern, deren Gegenstand angeblich die Garantiefrage war. Die Stimmung der diplomatischen Kreise ist hoffnungsvoll. Labouchère's ohne Angabe eines Grundes vertagte Interpellation kommt wahrscheinlich morgen vor.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 8. Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Humber (SD), Gallilei von Hull. Norman (SD), Cave von London. Wind: NW. Revier 14¼ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. Mai. Witterung: schön. Temperatur + 10° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen anfangs niedriger, dann steigend bezahlt, Schluß ruhiger, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 86—95 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 94, 95, 94¾ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 92 Rt. bez. u Br., Juni-Juli 90½ Rt. Gd., Juli-August 89½ Rt. Br., Septbr.-Oktbr. 80¼, ½ Rt. bez, Br. u. Gd.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 65—67 Rt. bez., Frühj. 66½, 67, 66½ Rt. bez., Mai-Juni 64 Rt. Br., Juni-Juli 63¾, 63 Rt. bez., Br. u. Gd., Juli-August 61 Rt. bez. u. Br., September-Oktober 55 Rt. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. schles. 47½—48¾ Rt. bez., feine vorpomm. 50 Rt. bez., 69—70pfd. Frühj. schles. 49 Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 35—35½ Rt. bez., 47—50pfd. Frühj. 36 Rt. bez., Mai-Juni 35 Rt. bez.

Erbsen loco Futter- 57—58 Rt. bez.

Wicken loco 45—46 Rt.

Rüböl fester, loco 10¾ Rt. Br., Mai 10 5/12, ½ Rt. bez., Sept.-Oktbr. 11¼ Rt. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 17½ Rt. bez., Frühjahr und Mai-Juni 17⅙ Rt. bez. u. Gd., ¼ Rt. Br., Juni-Juli 17 5/12 Rt. Br., Juli-August 17¾ Rt. bez. u. Br., September-Oktober 17 7/12 Rt. bez., ⅔ Rt. Br.

Angemeldet: 300 Wspl. Weizen, 200 Wspl. Roggen, 200 Wspl. Hafer, 300 Ctr. Rüböl.

Hamburg, 8. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen kaum behauptet. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 165 Bankothaler Br., 164 Gd., pr. Mai-Juni 159 Br., 158 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 111 Br., 110½ Gd., pr. Mai-Juni 109½ Br., 109 Gd. Hafer flau. Oel matt, pr. Mai 23¾, pr. Oktober 25⅛. Spiritus stille, 24. Kaffee fest, verkauft 3000 Sack. Zink sehr ruhig. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 8. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen Sommertermine etwas höher, sonst unverändert. Raps pr. Mai —, pr. Oktober 69½. Rüböl pr. Mai —, pr. Oktbr.-Dezbr. 38⅛.

London, 8. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sehr schwache Zufuhren von englischem Weizen, reichliche von fremdem Weizen, Gerste und Hafer. Sehr geringes Geschäft, weil Weizen-Inhaber zu niedrigen Preisen nicht abgeben wollen. — Schönes Wetter.